

RATHAUSREPORT

Zukunft für die Biosphäre

DIE LINKE. plädiert für modernes Stadtteilzentrum im Norden

Immer wieder sind die Stadtverordneten und auch die BürgerInnen im Potsdamer Norden vertröstet worden – nun mit einem guten Jahr Verspätung liegt eine neue Varianten-Untersuchung für den weiteren Umgang mit der Biosphärenhalle im Volkspark vor. Und der Oberbürgermeister



Foto: Sascha Krämer

hat sich auch bereits auf eine Vorzugsvariante festgelegt. Da ein Abriss der Halle von den Stadtverordneten ausgeschlossen worden ist, soll sie nun nach dem Willen der Verwaltung in leicht modifizierter Form und nach einer Sanierung weiterbetrieben werden – vorzugsweise durch einen privaten Betreiber. Dieser soll im Rahmen einer erneuten europaweiten Ausschreibung gefunden werden. Sollte diese Suche erfolglos verlaufen, soll die bereits jetzt agierende städtische Tochter PRO POTSDAM weiter Betreiber bleiben. Wesentlichster Grund für dieses Herangehen: es ist die kostengünstigste Variante für die Stadt. Nach einer Sanierung rechnet man dennoch mit einer Erhöhung des derzeitigen Zuschusses von 1,5 auf 1,9 Mio. Euro jährlich. Schon im Vorfeld regte sich über Fraktionsgrenzen hinweg Unmut über diese Herangehensweise - blieben viele gute und im Norden dringend benötigte öffentliche Nutzungen mit diesem Konzept doch auf der Strecke. Zu einer Diskussion im Plenum kam es deshalb

gar nicht erst. Die Vorschläge der Verwaltung wurden direkt in die Ausschüsse überwiesen.

DIE LINKE. hat sich schon seit längerem dafür ausgesprochen, die Biosphäre als gut angenommenen zentralen Ort und Identifikationspunkt im Bornstedter Feld im Sinne eines modernen Stadtteilzentrums zu entwickeln. Dass der Kern als touristische und naturwissenschaftliche Einrichtung erhalten werden soll, ist unstrittig. Hier sollte über neue Kooperationen, beispielsweise mit der Universität oder dem Institut für Klimafolgenforschung nachgedacht werden. In den heutigen Nebenbereichen und Anbauten können aber sehr wohl auch Nutzungen wie eine Jugendeinrichtung, ein Nachbarschaftscafé, ein Stadtteilkino oder eine Kita Platz finden. Vor einer Entscheidung sollte vor allem mit den BewohnerInnen im Norden intensiv gesprochen werden. Und die Entscheidung über die Zukunft der Tropenhalle darf nicht ausschließlich vom Blick auf die Zahlen abhängen.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Etwas achtzig Tagesordnungspunkte in vier Stunden. Wie kann man das schaffen? Ein großer Teil der Wiedervorlagen, die an die Ausschüsse überwiesen worden sind, wurden erneut zurückgestellt. Zu den meisten neuen Anträgen bestand Konsens zwischen den Fraktionen für eine sofortige Überweisung zur Beratung in einem oder mehreren Ausschüssen. Dazu gehört auch die Vorlage des Oberbürgermeisters zum weiteren Vorgehen zur Biosphäre. Die Linksfraktion hatte sich vor über einem Jahr mit einem Antrag für den Erhalt des Gebäudes als Tropenhalle und eine Unterstützung durch das Land eingesetzt. Damit haben wir uns klar gegen einen Abriss der Biosphäre ausgesprochen, der als mögliche Variante nach Ablauf der Fördermittelbindung 2017 im Raum stand. Es ist erfreulich, dass der Oberbürgermeister jetzt genau an diesen Vorschlag anknüpft und damit eine dauerhafte Perspektive für die Halle aufzeigt. Es wird zu prüfen sein, mit welchen Modifikationen die Tropenhalle ergänzt werden kann. Als weiterer Antrag des Oberbürgermeisters wurde die Verlängerung des Vertrages der Stadt mit der Tourismus- und Marketing GmbH um zehn Jahre in die Ausschüsse geschickt. Damit soll eine stabile Grundlage für die weitere Entwicklung des Tourismus in Potsdam geschaffen werden. Beeindruckend und erfrischend war die Übergabe der Unterschriftensammlung einer Bürgerinitiative aus dem Ortsteil Fahrland. Mit über 1000 Unterschriften werden die Defizite in der Infrastruktur des schnell wachsenden Ortsteils nachdrücklich aufgezeigt.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Kommunalpolitik verlangt Ausdauer

Gemeinsam mit unserer Fraktion streite ich weiter für die Interessen Potsdamer Bürger. Manche Themen erweisen sich als außerordentlich hartnäckig. Mein Engagement in der Bürgerinitiative für die Umgehungsstraße für Potsdam ist für Tausende sehr wichtig, kommt aber leider nur mühsam



voran. Offenbar wollen einige die Zuspitzung mit Stauversuch in der Zeppelinstraße und Sperrung der Nedlitzer Straße ohne Rücksicht auf Berufstätige und Gewerbetreibende, die auf Autos angewiesen sind. Etwas hoffnungsvoller sehe ich unseren Einsatz für die Regionalbahnen. Vor zwei Jahren hat das zuständige Landesministerium die konkret unteretzten Vorschläge alle abgelehnt. Jetzt wird verlautet, dass meine Vorschläge für dichtere Takte und um einen sechsten Wagen verlängerte Züge des RE 1 ernsthaft geprüft werden und vielleicht sogar in die Fortschreibung des Landesverkehrsplanes aufgenommen werden. Andere Schwerpunkte meiner Tätigkeit liegen beim Umweltschutz. Nach einer langen Hängepartie mit der Baumschutzverordnung habe ich mit Kompromissvorschlägen Einigung erreichen können, dass die meisten Bäume nicht erst ab 60 cm Umfang sondern nun ab 45 cm Umfang geschützt werden und die SPSG keinen Freibrief für Baumfällungen erhält sondern weiter Pflegekonzepte vorlegen muß. Das wurde gestern nach kontroverser Debatte von der SVV beschlossen. Die meisten Kleingärten konnten gesichert werden. Das Hotel Mercure bleibt stehen. Potsdam bleibt eine vielfältige Stadt. Aber wir müssen uns beharrlich darum kümmern, dass die Interessen der normalen Berufstätigen bei anstehenden Entscheidungen nicht hinten herunterfallen. Dazu will ich weiter beitragen.

Dipl.-Ing. Ralf Jäkel
Vorsitzender im Bauausschuss, Mitglied im KOUL-Ausschuss

25% der Fahrländer fordern schnelle Hilfe

Neu gegründete Bürgerinitiative übergibt mehr als 1.000 Unterschriften

Die Not ist groß im Potsdamer Norden. 90 fehlende Kita-Plätze in Fahrland allein in den ersten Wochen dieses Jahres, eine zusätzliche erste Klasse, die in der Regenbogen-Grundschule irgendwie untergebracht werden muss, fehlende Ärzte und Apotheken, eine schlechte ÖPNV-Anbindung. Die Liste der Kritikpunkte der neugegründeten Bürgerinitiative aus Fahrland ist lang. Vor allem junge Familien mit Kindern engagieren sich darin. Sie stellen einen Großteil der inzwischen ca. 4.800 Einwohner im Ortsteil. Allein in den letzten zwei Jahren ist die Bevölkerung um 18% gewachsen und diese Entwicklung geht ungebrems weiter. Mit diesen Fakten konfrontierte Tina Lange, Sprecherin der Bürgerinitiative und stellvertretende Kreisvorsitzende der LINKEN, die Stadtverordneten. Sie überbrachte 1.048 Unterschriften – mehr als jeder 4. Fahrländer über 16 Jahre hatte innerhalb von nur vier Wochen unterschrieben. In der Petition fordert die Initiative sofortige Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Infrastruktur und im ersten Schritt die schnellstmögliche Durchführung einer Einwohnerversammlung. Und erste Erfolge zeichnen sich ab. Aufgrund eines Antrags der LINKEN, der bereits in der April-

Sitzung beschlossen worden war, hatte die Verwaltung bereits erste Ergebnisse vorzuweisen. Stefan Wollenberg hatte für die Fraktion sofortige Maßnahmen zur kurzfristigen Überbrückung und eine Anpassung der langfristigen Planungen im Kita- und Schulbereich gefordert. Die Verwaltung informierte nun, dass im kommenden Jahr auf einer städtischen Fläche zunächst eine Kita in Modulbauweise entstehen soll. Bereits 2019 solle dann ein dauerhafter Bau zur Verfügung stehen. Auch die Gespräche mit dem Wohnungsbauunternehmen Semmelhaack seien wieder aufgenommen worden. Auch dieses hatte sich ursprünglich zur Errichtung einer Kita verpflichtet. Hier liegt aber noch kein Ergebnis vor.

Die Linksfraktion wird die Bürgerinitiative in ihren Bemühungen weiter unterstützen und die Entwicklung in Fahrland aufmerksam begleiten.



Foto: Sascha Krämer

Fragen - Antworten

Umsetzung des Integrationskonzeptes

Matthias Lack fragte nach den konkreten Planungen der Verwaltung für die Umsetzung des von der SVV beschlossenen Integrationskonzeptes 2016-2020. Mike Schubert teilt als zuständiger Beigeordneter mit, dass die Verwaltung Arbeitsgruppen zur Umsetzung der konkret empfohlenen Einzelmaßnahmen gebildet habe. Im ersten Schritt sollen die jeweiligen Finanzbedarfe ermittelt werden. Anschließend würden die jeweiligen Einzelmaßnahmen der SVV erneut zum Beschluss vorgelegt.

Zukunft der Touristeninformation im Hauptbahnhof

Sascha Krämer erkundigte sich, wie die weiteren Pläne für die hervorragend angenommene Touristeninformation im Hauptbahnhof aussehen. Der Oberbür-

germeister teilte mit, dass der aktuelle Mietvertrag bis zum 31.12.2018 laufe. Bis zu diesem Termin werde die Einrichtung auf jeden Fall in der bestehenden Form weiterbetrieben. Danach müsse neu überlegt werden. Die Anlaufstelle am Bahnhof soll dann in modifizierter Form, möglicherweise mit zusätzlichen Partnern über Weiße Flotte und Schlösserstiftung hinaus weiterbetrieben werden.

Rechtsgutachten Kitafinanzierung

Auf die Frage von Dr. Sigrid Müller informierte Mike Schubert, dass eine Berliner Kanzlei Ende März mit der Erstellung des Gutachtens zur Frage der Finanzierungspflicht für den Personalschlüssel entsprechend des tatsächlichen Betreuungsaufwandes in den Kitas beauftragt wurde. Nachfragen zu Vorinformationen und zur Aufgabenstellung werden im Mai durch die Verwaltung bearbeitet. Das Gutachten wird nun voraussichtlich Mitte/Ende Juni vorliegen.

Beschlossen

Bürgerbeteiligung "light" in der Mitte

Mit einem Antrag hatte sich DIE LINKE. im April für verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten der BürgerInnen bei der weiteren Entwicklung der Potsdamer Mitte stark gemacht. Bei der Einbringung forderte Hans-Jürgen Scharfenberg für die Fraktion neben regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen auch ein Beteiligungsgremium mit EinwohnerInnen für diese zentrale Frage der Stadtentwicklung. Beschlossen wurde der Antrag nun in der Fassung des Hauptausschusses. Danach wird es regelmäßige Informationsveranstaltungen geben. Zu weiteren möglichen Beteiligungsformen soll der Oberbürgermeister im Juli 2017 Vorschläge vorlegen. Besichtigung am Pfingstberg

Mit ihrem Antrag aus der April-Sitzung wollte DIE LINKE erreichen, dass die Stadtverordneten sich einen direkten Eindruck vom Fortgang der Sanierungsmaßnahmen im Park-Areal am Pfingstberg verschaffen können. Die langfristige Sperrung öffentlich gewidmeter Flächen zu Gunsten eines privaten Eigentümers, weil dieser sich im Gegenzug unter Zusicherung weitgehender privater Nutzungsrechte zu Sanierungsmaßnahmen verpflichtet hatte, steht ohnehin unter breiter öffentlicher Kritik. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte deshalb für die Fraktion gefordert, regelmäßige halbjährliche Besichtigungen für Stadtverordnete zu ermöglichen, um ein Minimum an öffentlicher Kontrolle und Transparenz herzustellen. Nach der Behandlung im Hauptausschuss soll es nun zumindest eine einmalige Besichtigung nach der Sommerpause 2017 geben. Diese Fassung beschloss auch die SVV.

Überwiesen

Koordinierungsstelle Schule-Jugendhilfe

Im vergangenen Jahr begann die Umsetzung des neuen Gesamtkonzeptes Schule - Jugendhilfe. Erste Erfolge sind bereits zu sehen: mehr Schulsozialarbeiter, neue Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Jugendhilfeträgern. Damit das Konzept verlässlich weiter umgesetzt werden kann, soll die Verwaltung nach dem Willen der LINKEN ab 2018 die bereits mit dem Konzept beschlossene Personalstelle für die Koordinierung im Fachbereich Bildung nun auch tatsächlich bereitstellen. Das beantragte Stefan Wollenberg, der für die Fraktion und den Bildungsausschuss intensiv an der Erarbeitung des Konzeptes

mitgewirkt hatte. Der Antrag wurde in den Finanz- und in den Bildungsausschuss überwiesen, obwohl das Anliegen eigentlich schon Beschlusslage ist.

Neuerrichtung einer Grundschule in Babelsberg

In der April-Sitzung hatte die SVV den Bauungsplan für die Errichtung einer Grundschule auf der Sandscholle beschlossen. Für Verärgerung sorgte dabei vor allem die Aussage der Verwaltung, eine Fertigstellung sei unter Umständen erst 2027 realistisch. DIE LINKE. beantragte deshalb die formale Errichtung des neuen Grundschulstandorts nun bereits zum Schuljahr 2022/23. Wie Stefan Wollenberg für die Fraktion begründete, sei dies notwendig, weil der übergangsweise genutzte Modulbau zur Erweiterung der Grundschule in Zentrum-Ost nur eine Standgenehmigung bis 2022 habe. Damit sei dann auf jeden Fall eine neue Lösung erforderlich - unabhängig von der baulichen Fertigstellung der Sandscholle. Um für eine Ortsveränderung angesichts der aktuellen Diskussion um einen möglichen Alternativstandort im Filmpark Raum zu schaffen, überwies er den Antrag anschließend in den Bildungsausschuss.

Zusätzliche Stellplätze für Kinderwagen und Rollstühle im ÖPNV

In den letzten Wochen erreichten die Fraktion vermehrt Beschwerden, dass die Mitnahme von Kinderwagen und Rollstühlen mit Bus oder TRAM wegen fehlender Platzkapazität verweigert wurde und Betroffene teilweise mehrere Fahrten abwarten mussten, bis wieder eine Mitfahrmöglichkeit bestand. Ralf Jäkel beantragte deshalb für DIE LINKE., dass geprüft werden solle, ob die Platzkapazität für Kinderwagen und Rollstühle in den einzelnen Fahrzeugtypen durch nachträgliche Umbauten bzw. Berücksichtigung bei der Neubeschaffung erhöht werden kann. Auf Bitte des Oberbürgermeisters wurde dieser Antrag in den Hauptausschuss überwiesen. Dort soll der Verkehrsbetrieb zunächst direkt angehört werden.

Erledigt

Uferweg in der Speicherstadt

Mit dem Antrag sollte erreicht werden, dass der Bau des Uferwegs in der Speicherstadt im Bereich des Wasserwerks an der Leipziger Straße zügig in Angriff genommen wird. In Presseberichten hatte es zunächst geheißen, dass die Stadt eine Realisierung entgegen den Vorgaben der

SVV erst nach 2019 plane. Ralf Jäkel hatte sich auch in den Ausschussberatungen dafür eingesetzt, eine Realisierung in den nächsten zwei Jahren anzustreben. In den Ausschussberatungen informierte die Verwaltung darüber, dass ein Teil der nötigen Planungsmittel bereits im laufenden Haushalt zur Verfügung stünde. Aufgrund einer geänderten Priorisierung von Projekten, die im Rahmen des Stadt-Umland-Wettbewerbes von der Landesregierung gefördert werden, kann nun auch der eigentliche Bau des Uferwegabschnitts früher realisiert werden. Der Fördermittelantrag wird derzeit bearbeitet. Damit ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erfüllt. So war es im Antrag ausdrücklich formuliert.

Unsäglich: Erster AfD-Antrag im Plenum

Mit ihrem ersten Antrag überhaupt meldete sich die AfD-Fraktion in dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Wort – und erfüllte alle Erwartungen. Ein Begrüßungsgeld für Neugeborene in Höhe von 500,- Euro wollte die AfD gern einführen. Offenbar war dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, Dennis Hohloch, der Antrag selbst ein wenig peinlich. Vergaß er doch, in seinem Redebeitrag zu erwähnen, dass das Begrüßungsgeld selbstverständlich nur deutschen Staatsbürgern zu Gute kommen solle. So war es im Antrag ausdrücklich formuliert.

Darauf machte ihn der Sozialbeigeordnete Mike Schubert aufmerksam, der darauf hinwies, dass zu den Potsdamerinnen und Potsdamern auch die ca. 18.000 EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund gehören. Schon das Diskriminierungsverbot im Grundgesetz ließe die Beschränkung auf Eltern mit lediglich deutscher Staatsbürgerschaft nicht zu. Potsdam ist und bleibt eine weltoffene und tolerante Stadt, in der Menschen aller Kulturen und Nationalitäten gemeinsam miteinander leben und arbeiten.

Der Antrag wurde von einer einhelligen Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt. Bleibt zu hoffen, dass uns die AfD derartig unsäglich Anträge künftig wieder erspart.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107;
Beginn jeweils 18 Uhr
15.; 22. und 29. Mai 2017; 12.; und 19.
Juni 2017

31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
07. Juni 2017, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

11. Juni 2017, Beginn 10 Uhr
Bürgerhaus Am Schlaatz,
Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 5/2017

Stadthaus, Raum 3.107
16. Juni bis 20. Juni 2017
(außer Sonnabend und Sonntag)

Info- Stände in den Stadtteilen:

16. und 17. Juni 2017
Mit Ausgabe des Rathausreport und
Informationen zu den Ergebnissen der
Stadtverordnetenversammlung am
07. Juni 2017

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

24. Mai 2017 ab 17 Uhr im Bürgerbüro,
Galileistraße 37/39, Bürgerhaus
Stern*Zeichen
Vorankmeldungen sind möglich und
erwünscht unter: Telefon: 0331-
6005069 oder Email: buero.scharfen-
berg@gmx.de

„Wir machen Politik, um etwas zu bewegen!“

Mit 18 PotsdamerInnen – inklusive Fraktionschef Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsgeschäftsführerin Dr. Sigrid Müller – war der turnusmäßige „Rathausreport live“ am 7. Mai im Clubraum der BO 24 in der Potsdamer Burgstraße gut besucht.

Und Dr. Scharfenberg konnte seinen Bericht an die Frühschoppen-Teilnehmer mit einem Highlight beginnen. Begeistert schilderte er seine Eindrücke von einem Vorabbesuch der Fraktion im neuen Freizeitbad „blu“ am Brauhausberg. „Wir hatten uns richtig entschieden, dass das neue Bad an angestammter Stelle gebaut werden sollte“, resümierte er diesen Erfolg der LINKEN. Und er berichtete: Im neuen Bad gibt es ein 50-Meter-Sportbecken mit zehn Bahnen. Es entspricht internationalen Standards für Schwimmwettbewerbe und Wasserball. Die Tribüne hat 400 Sitzplätze. Zu dem Bad gehören auch Sauna, Wellness und Gastronomie. Ursprünglich sollte das Bad im vergangenen Dezember öffnen. Die Kosten sind um rund 3 Millionen auf mehr als 39 Millionen gestiegen. Das „blu“ am Potsdamer Brauhausberg wird am 7. Juni offiziell öffnen. Alles in allem „eine ganz tolle Sache“, meint Scharfenberg. Auch die Preise erwähnte er: Demnach werden die Potsdamer für das neue Sportbad für zwei Stunden vier Euro zahlen – wie derzeit in der alten Halle am Brauhausberg. Für drei Stunden Freizeitbad sind zum Beispiel zwölf Euro fällig, die Tageskarte kostet 16 Euro. Ermäßigungen sind geplant.

Im Weiteren berichtete Dr. Scharfenberg aus der 30. SVV vom 3. Mai 2017. Das ging von der „Fortschreibung des Radverkehrskonzepts“, über die „Novelle der Baumschutzverordnung“, das „Integrationskonzept“, den „Schulneubau in Babelsberg“ bis zum Thema „dauerhafte Nutzung der Biosphäre“ und mehr (siehe Innenseiten des vorliegenden „Rathausreport“).

In eine breite und teilweise emotionale Diskussion kamen die Teilnehmer beim

Thema „Die Potsdamer Mitte verändert sich – aber wo bleiben die Bürger dabei?“ „Das Zerstörungswerk Potsdamer Mitte nimmt unerbittlich seinen Lauf“, erklärte sichtlich bewegt eine ältere Bewohnerin des betroffenen Hauses Am Alten Markt 10. Und „warum hat unser Haus keine Lobby“ – „In diesem Haus wohnen keine Reichen!“, so gab sie selbst die Antwort. Dr. Scharfenberg verwies darauf, dass DIE LINKE sehr wohl als Lobby für die Bewohner des Alten Marktes Nummer 10 wirke. Und er nannte in diesem Zusammenhang auch die Beschlusslage der SVV, an der DIE LINKE ihren großen Anteil hat. Vor allem dass die Pro Potsdam weiter Eigentümer bleibt. Scharfenberg: „Entweder es bleibt, wie es ist, oder ein Neubau kommt. Bedingung ist dann, dass die gleiche Anzahl an Wohnungen und die Mieten moderat bleiben!“ Es soll bekanntlich eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt werden. DIE LINKE will diese Klarheiten bereits bis 2019. Bis 2022 gilt jedenfalls noch die o. g. Beschlusslage. Und wenn dann trotzdem ein Abriss erfolgt, dann müssen die Bewohner, die am Standort verbleiben wollen, sozialverträglich in einem evtl. Neubau eingeplant werden. Dafür stehe DIE LINKE, erklärte Dr. Scharfenberg ausdrücklich.

Besonders die Potsdamer Mitte betreffend betonte Scharfenberg: „Wir machen Politik, um etwas zu bewegen!“ Was geht bzw. nicht geht – das hänge aber u. a. auch mit den Mehrheiten im Stadtparlament zusammen. Eben die Mehrheit der Stadtverordneten aus SPD, CDU und GRÜNEN waren für den Abriss der Fachhochschule. Aus diesem Grund sei hier nichts mehr zu retten, konstatierte der Fraktionsvorsitzende. Trotzdem werde DIE LINKE auch weiter öffentlichen Druck machen. Besonders was die Bürgerbeteiligung betrifft, so Dr. Scharfenberg. In diesem Sinne werde die Partei auch am Thema „Biosphäre“ und auch „Minsk“ dranbleiben.

-bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam